

Von der Notwendigkeit der Demut in der Eurokrise

Wie geht es mit der gemeinsamen Währung weiter? Eine der Fragen, mit denen sich die Teilnehmer der Hayek-Tage beschäftigten

VON UNSEREM REDAKTEUR
BERND KRAMER

Was hätte wohl Friedrich August von Hayek dazu gesagt? Sicherlich wäre der Freiburger Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften (1899-1992) dem Euro mit Skepsis gegenübergestanden. Zum einen, weil die Einheitswährung vor allem ein politisches Projekt auf dem angestrebten Weg zur europäischen Einheit ist, bei dem kritische Überlegungen zur wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit anfangs nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Zum anderen, weil der Ökonom Zentralbanken wie der EZB mit Misstrauen begegnete. Weil sie politischen Einflüssen ausgesetzt sind, hielt er sie für ungeeignet, mit ihrer Geldpolitik konjunkturellen Abstürzen vorzubeugen. Stattdessen würden sie Krisen begünstigen. Vereinfacht gesagt: Halten die Zentralbanken ihren Leitzins zu niedrig, werden die Menschen dank zu günstiger Kredite zu viel investieren – zum Beispiel in Immobilien oder Aktien. Preisblasen seien die Folge, deren Zerplatzen zu Konjunktur einbrüchen führt. Stattdessen plädierte Hayek für eine Abschaffung des staatlichen Geldmonopols und für die Einführung konkurrierender Privatwährungen.

Jener Hayek gehörte aber auch zu jenen Forschern, die davor warnten, sich zu

sicher bei Voraussagen zu wähnen. Weil Menschen mit extrem unterschiedlichen Veranlagungen, Fähigkeiten und Vorlieben über den Gang der Wirtschaft entscheiden, sei es unmöglich, Wachstumsraten oder Preisveränderungen präzise vorauszubestimmen. Allenfalls zu Mustervorhersagen seien die Ökonomen fähig. Berechnungen zu Folgen eines Austritts von Krisenländern aus der Eurozone hätte er mit Unbehagen aufgenommen. Hayek war auch bewusst, was der Zusammenbruch einer Währungsordnung bedeutet. Der gebürtige Österreicher hatte das Chaos und die Armut nach der Auflösung des Habsburgerreiches 1918 selbst erfahren. Die Auflösung des Vielvölkerstaates brachte das Ende der gemeinsamen Währung für das Gebiet des Kaiserreiches.

In diesem Spannungsverhältnis standen auch die Hayek-Tage der Hayek-Gesellschaft. Die Vereinigung wirbt für die Ideen des Ökonomen und entwickelt sie weiter. In diesem Jahr hatte sie unter anderem Bernd Lucke, Initiator der Partei Alternative für Deutschland, eingeladen. Lucke, Volkswirtschaftsprofessor in Hamburg, ist Kritiker der Euro-Rettungspolitik. Kernforderung seiner Partei ist eine geordnete Auflösung der Eurozone. Die Bundesregierung könne ein solches Ende erzwingen, indem sie ihre Zustimmung

zu weiteren Hilfskrediten verweigert. Krisenstaaten hätten dann keinen anderen Ausweg als auszutreten. Eine Änderung der Europäischen Verträge, in denen bislang kein Austrittsrecht vorgesehen ist, ist nach Einschätzung der Alternative möglich. Damit will die Partei Milliardenbelastungen des deutschen Steuerzahlers vermeiden, den Bürger vor Inflation schützen und den Krisenländern den Weg aus der Rezession ebnen.

Bernd Lucke kritisiert die Unzulänglichkeit der Politik

Lucke kritisierte, dass er mit den Vorschlägen bei Politik- und Pressevertretern lange auf taube Ohren gestoßen sei. Erst die Gründung der Alternative habe zu Reaktionen geführt. Sein Fazit: Nur wenn man die Macht bestehender Gruppen gefährde, finde man Gehör. Allein mit Sachargumenten habe man keine Chancen, wahrgenommen zu werden. Die Position der Alternative teilt seiner Ansicht nach die überwiegende Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler, da sie die ökonomisch richtige Antwort auf die Krise sei. Was verwundert: Etliche namhafte Ökonomen – nicht nur aus der linken Ecke – kritisieren zwar Teile des Rettungspro-

gramms, wollen aber die Eurozone als solche erhalten.

Karen Horn, Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft und Wirtschaftspublizistin, forderte dagegen zu mehr „sokratischer Demut“ in der Eurodebatte auf. Zwar gebe es viele überzeugende Argumente, die gegen die angeblich alternativlose Rettungspolitik in der EU sprächen, doch sollte man die Haltung der Befürworter sehr ernst nehmen. Keiner könne sicher sagen, was ein Austritt von Euroländern für die Eurozone bedeuten würde.

Hayek selbst sah sich nicht nur als Ökonom. In Büchern wie der „Verfassung der Freiheit“ machte er sich Gedanken darüber, welche Eigenschaften eine politische Ordnung aufweisen muss, damit sie die Freiheit schützt. Bei den Hayek-Tagen diskutierten die Teilnehmer nun darüber, ob die Religion Segen oder Fluch für die Freiheit sei. Der Bonner Soziologe Erich Weede sagte, dass man keine generellen Aussagen treffen könne. Zum einen schütze die Religion Freiheit, weil sie die Macht der politischen Obrigkeit begrenzt, also Räume schaffe, in denen der Staat nichts verloren hat. Andererseits könne Religion auch zum Totengräber der Freiheit werden, wenn sie einen Absolutheitsanspruch über das Leben entfalte und den Wettbewerb mit anderen Religionen ausschließe.